

Nichtamtliche Lesefassung!
Haftungsausschluss: Der nachfolgende Text dient lediglich der Information. Rechtsverbindlichkeit haben ausschließlich die unterzeichneten Ausfertigungen der Satzungen.

SATZUNG
der Gemeinde Flarchheim über die Erhebung einer Hundesteuer
(Hundesteuersatzung)
mit eingearbeiteter 1. und 2. Änderung - Stand ab 01.01.2017

Präambel:

§ 1
Gegenstand der Hundesteuer

- (1) Die Gemeinde Flarchheim erhebt die Hundesteuer nach dieser Satzung.
- (2) Der Steuer unterliegt das Halten von mehr als vier Monate alten Hunden im Gemeindegebiet. Kann das Alter eines Hundes nicht nachgewiesen werden, so ist davon auszugehen, dass der Hund älter als vier Monate ist. Der Nachweis obliegt dem Steuerpflichtigen.
- (3) Wird ein Hund gleichzeitig in mehreren Gemeinden im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland gehalten, so ist die Gemeinde steuerberechtigt, in der der Hund überwiegend gehalten wird.

§ 2
Steuerschuldner, Haftung

- (1) Steuerschuldner und Steuerpflichtiger ist der Halter des Hundes. Halter des Hundes ist, wer einen Hund für Zwecke seines persönlichen Lebensbedarfs oder den seiner Angehörigen (§ 15 Abgabenordnung (AO) in seinen Haushalt aufgenommen hat. Ein zugelaufener Hund gilt als aufgenommen, wenn er nicht innerhalb von zwei Wochen bei der Gemeinde als Fundtier gemeldet und bei einer dieser bestimmten Stelle abgegeben wird.
- (2) Als Hundehalter gilt auch, wer einen Hund in Pflege oder Verwahrung genommen hat, oder auf Probe oder zum Anlernen hält, es sei denn, er führt den Nachweis, dass dieser Hund bereits in einer Gemeinde der Bundesrepublik Deutschland versteuert wird, oder von der Steuer befreit ist. Die Steuerpflicht tritt unabhängig davon ein, ob die Pflege, die Verwahrung, die Haltung auf Probe oder zum Anlernen etc. den Zeitraum von zwei Monaten überschritten hat. Kann der Halter eines Hundes nicht ermittelt werden, so gilt als Hundehalter, wer den Hund wenigstens zwei Monate gepflegt, untergebracht oder auf Probe oder zum Anlernen gehalten hat.
- (3) Alle in einem Haushalt gehaltenen Hunde gelten als von den Haushaltsmitgliedern gemeinsam gehalten.
- (4) Halten mehrere Personen gemeinsam einen oder mehrere Hunde, so sind sie Gesamtschuldner.
- (5) Neben dem Hundehalter haftet der Eigentümer des Hundes für die Steuer.

§ 3

Entstehung und Ende der Steuerpflicht

- (1) Die Steuerpflicht entsteht am ersten Tag des auf den Beginn der Hundehaltung folgenden Kalendermonats, frühestens jedoch mit Ablauf des Kalendermonats, in dem der Hund vier Monate alt wird. Beginnt die Hundehaltung bereits mit dem ersten Tage eines Kalendermonats, so beginnt auch die Steuerpflicht mit diesem Tag.
- (2) Die Steuerpflicht endet mit dem Ablauf des Kalendermonats, in dem die Hundehaltung aufgegeben oder beendet wird. § 9 Abs. 3 bleibt unberührt.
- (3) Bei Zuzug eines Hundehalters aus einer anderen Gemeinde entsteht die Steuerpflicht mit dem Ersten des auf den Zuzug folgenden Monats. Bei Wegzug eines Hundehalters aus der Gemeinde endet die Steuerpflicht mit Ablauf des Monats, in den der Wegzug fällt.
- (4) Tritt an die Stelle eines verendeten oder getöteten Hundes, für den die Steuerpflicht besteht, bei demselben Halter ein anderer Hund, so entsteht für das laufende Steuerjahr keine Steuerpflicht.

§ 4

Erhebungszeitraum, Festsetzung und Fälligkeit der Steuer

- (1) Die Steuer wird als Jahressteuer erhoben. Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr.
- (2) Die Steuerschuld für das Kalenderjahr entsteht für jeden an diesem Tag im Gemeindegebiet gehaltenen über vier Monate alten Hund.
- (3) Die Steuer wird durch Bescheid festgesetzt und ist erstmalig innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheides für die zurückliegende Zeit, im Übrigen vierteljährlich am **15.02.**, 15.05., 15.08. und 15.11. zu je einem Viertel ihres Jahresbeitrages, fällig. Die Steuer kann für das ganze Jahr am 15.02. entrichtet werden.
- (4) Endet die Steuerpflicht im Laufe des Kalenderjahres entsprechend § 3 Abs. 2, so ist die Steuer auf den der Steuerpflicht entsprechenden Teilbetrag der Jahressteuer festzusetzen und einen Monat nach Bekanntgabe des Steuerbescheides fällig.
- (5) Für diejenigen Steuerschuldner, die für das Kalenderjahr die gleiche Hundesteuer wie im Vorjahr zu entrichten haben, kann die Gemeinde die Hundesteuer durch öffentliche Bekanntmachung festsetzen. Die öffentliche Bekanntmachung ersetzt den schriftlichen Bescheid.

§ 5

Steuersatz

- (1) Die Hundesteuer beträgt im Kalenderjahr:

a) für den ersten Hund	30,00 Euro
b) für den zweiten Hund	35,00 Euro
c) für jeden weiteren Hund	50,00 Euro
d) für den ersten gefährlichen Hund	275,00 Euro
e) für jeden weiteren gefährlichen Hund	420,00 Euro.

- (2) Als gefährliche Hunde im Sinne des Absatzes 1 gelten die Hunde im Sinne des § 3 Absatz 2 Nr. 1 und 2 des Thüringer Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung vor Tiergefahren (ThürTierGefG) vom 22. Juni 2011 (GVBl. S. 93).

Nach § 3 Absatz 2 Nr. 1 ThürTierGefG sind dies Hunde der Rassen

Pitbull-Terrier,
American Staffordshire-Terrier,
Staffordshire-Bullterrier,
Bullterrier

sowie deren Kreuzungen untereinander oder mit anderen Hunden. In Zweifelsfällen hat der Halter nachzuweisen, dass der Hund keiner der in § 3 Absatz 2 Nr. 1 ThürTierGefG genannten Gruppen oder Rassen angehört und keine Kreuzung danach vorliegt.

Nach § 3 Absatz 2 Nr. 2 ThürTierGefG sind dies Hunde, die aufgrund ihres Verhaltens durch die zuständige Behörde nach Durchführung eines Wesenstests nach § 9 ThürTierGefG im Einzelfall als gefährlich festgestellt wurden, weil sie

- a) eine über das natürliche Maß hinausgehende Kampfbereitschaft, Angriffslust, Schärfe oder andere in ihrer Wirkung vergleichbare Eigenschaft entwickelt haben,
- b) sich als bissig erwiesen haben,
- c) in aggressiver oder Gefahr drohender Weise Menschen angesprungen haben
oder
- d) durch ihr Verhalten gezeigt haben, dass sie Vieh, Katzen oder Hunde sowie unkontrolliert Wild hetzen oder reißen.

Die Gemeinde stellt die Eigenschaft als gefährlicher Hund im Sinne dieser Satzung durch schriftlichen Bescheid fest und kann hierzu auf Kosten des Halters privat- oder amtstierärztliche Hilfe hinzuziehen.

- (3) Hunde, die von der Steuer nach Maßgabe des § 7 befreit sind, finden bei der Berechnung der zur Anwendung des Abs. 1 maßgeblichen Zahl keine Berücksichtigung. Hunde die gemäß § 8 der Steuerermäßigung unterliegen, gelten als erste Hunde.

§ 6

Allgemeine Voraussetzungen für Steuerbefreiung (Steuervergünstigung)

- (1) Für die Gewährung einer Steuerbefreiung nach § 7 und § 8 sind die Verhältnisse zu Beginn des Kalenderjahres, in den Fällen des § 3 Abs. 1 und Abs. 3 diejenigen bei Beginn der Steuerpflicht maßgeblich.
- (2) Die Steuervergünstigung wird nur gewährt, wenn
 - a) der Hund für den angegebenen Verwendungszweck geeignet ist,
 - b) der Halter des Hundes in den letzten fünf Jahren nicht rechtskräftig wegen Tierquälerei bestraft worden ist,
 - c) für den Hund ein geeigneter, den Erfordernissen des Tierschutzes entsprechender Unterkunftsraum vorhanden ist,
 - d) in den Fällen des § 7 Abs. 2 die geforderte Prüfung innerhalb von zwölf Monaten vor dem in Abs. 1 bezeichneten Zeitpunkt von dem Hund mit Erfolg abgelegt wurde.

- (3) Anträge auf Gewährung einer Steuervergünstigung sollen zum Ablauf eines Monats nach Bekanntgabe des Steuerbescheides gestellt werden.

§ 7 Steuerbefreiung

- (1) Personen, die sich nicht länger als zwölf Monate in der Gemeinde aufhalten, sind für die Hunde, die sie bereits bei ihrer Ankunft gehalten haben, dann von der Hundesteuer befreit, wenn sie nachweisen, dass der/die Hund/e in einer anderen Gemeinde der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden oder dort von der Steuer befreit sind.
- (2) Auf schriftlichen Antrag wird Steuerbefreiung gewährt für das Halten eines Hundes, der für den Schutz oder Hilfe Blinder, Tauber oder sonst hilfsbedürftiger Personen unentbehrlich ist. Sonst hilfsbedürftige sind solche Personen die einen Schwerbehinderten Ausweis mit den Merkzeichen „B“, „BL“, „aG“ oder „H“ besitzen; die Steuerbefreiung kann von der Vorlage eines amtsärztlichen Zeugnisses abhängig gemacht werden.

§ 8 Steuerermäßigung

Die Steuerermäßigung kann auf Antrag des Steuerpflichtigen auf die Hälfte des Steuersatzes nach § 5 Abs. 1 Buchstabe a und b ermäßigt werden für jeden Hund,

- a) für das Halten von Hunden als Melde,- Sanitätshund mit der dafür vorgesehenen, mit Erfolg abgelegten Prüfung.
- b) der zur Bewachung von bewohnten Gebäuden gehalten wird, die mehr als 100 m von dem nächsten bewohnten Gebäude entfernt liegen.
- c) Hunde, die zur Ausübung der Jagd- und des Forstschutzes gehalten werden, wenn die erforderliche Brauchbarkeitsprüfung erfolgreich abgelegt wurde.
- d) Hunde, welche zu Zuchtzwecken gehalten werden, und wenn darunter mindestens eine Hündin zur Zucht gehalten wird.

§ 9 Anzeige- und Meldepflicht

- (1) Der Hundehalter ist verpflichtet, einen Hund innerhalb von zwei Wochen nach Beginn der Haltung oder wenn der Hund von einer ihm gehörenden Hündin geworfen ist, innerhalb von zwei Wochen, nach dem der Hund drei Monate alt geworden ist, unter Angabe der Hunderasse schriftlich anzumelden.
Hunde gemäß § 5 Abs. 2 sind in allen Fällen zwei Wochen nach Beginn der Haltung anzumelden.
- (2) Endet die Hundehaltung oder entfallen die Voraussetzungen für eine gewährte Steuervergünstigung, so ist dies der Gemeinde innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen.
- (3) Wird ein Hund an eine andere Person abgegeben, so ist bei der Abmeldung nach Abs. 2 der Name der Person an die der Hund unentgeltlich oder gegen Bezahlung abgegeben wurde, anzugeben.

§ 10 Hundesteuermarken

- (1) Für jeden im Gemeindegebiet gehaltenen Hund, dessen Haltung der Gemeinde angezeigt wurde, wird eine Hundemarke ausgegeben, die im Eigentum der Gemeinde bleibt.
- (2) Der Hundehalter hat die von ihm gehaltenen, außerhalb des von ihm bewohnten Hauses oder des umfriedeten Grundbesitzes laufenden anzeigepflichtigen Hunde mit einer gültigen und sichtbar am Halsband befestigten Hundesteuermarke zu versehen.
- (3) Endet eine Hundehaltung, so ist die Steuermarke mit der Anzeige gem. § 8 Abs. 2 an die Gemeinde zurückzugeben.
- (4) Bei Verlust einer Hundesteuermarke ist dies der Gemeinde umgehend anzuzeigen. Eine Ersatzmarke wird gegen eine Gebühr von 10,00 DM/ 5,00 Euro ausgehändigt. Dasselbe gilt für eine unbrauchbar gewordenen Hundemarke. Wird eine als Verlust angezeigte Hundemarke wieder gefunden und wurde zwischenzeitlich bereits eine Ersatzhundemarke ausgegeben, so ist dies unverzüglich der Gemeinde anzuzeigen. Die wieder gefundene Hundemarke ist der Gemeinde zurückzugeben.

§ 11 Steueraufsicht und Prüfungsvorschriften

Hundehalter sind verpflichtet, dem Beauftragten der Gemeinde auf Nachfrage über die auf dem Grundstück oder im Haushalt gehaltenen Hunde und deren Alter wahrheitsgemäß Auskunft zu erteilen (§ 93 AO).

§ 12 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen diese Satzung verstößt. Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße geahndet werden. Das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OwiG) in der Neufassung vom 19.02.1987 (BGBl. I S. 602) in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung.

§ 13 Inkrafttreten

Inkrafttreten.....